

3./X. 1917

3

(Die Semmeln.) Es sind ungefähr zwei Jahre verstrichen, seitdem die Erzeugung von Semmeln durch eine Verordnung verboten wurde. Das Publikum mußte auf das beliebte Gebäck verzichten, doch es fügte sich ruhig in das Unvermeidliche, da es die Notwendigkeit dieser Maßregel ein sah. Sie mußte getroffen werden, weil die vorhandenen Vorräte an Weizmehl selbst die knappsten Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigen konnten. Heuer hat sich nun die Lage dank der verhältnismäßig guten Ernte viel günstiger gestaltet; heuer verfügen wir über so ansehnliche Vorräte an Weizmehl, daß das Verbot der Erzeugung von Semmeln nicht mehr begründet erscheint. Dieser Umstand hat den Chef der hauptstädtischen Approvisionierungssektion Magistratsrat Ludwig v. Follusházy veranlaßt, dem Landes-Volksernährungsamt die Zurückziehung des Verbots der Semmelerzeugung vorzuschlagen. Da die Verhältnisse es heuer gestatten, möchte der Magistrat der Bevölkerung den Genuß ihres so lange entbehrten Frühstückgebäcks wieder ermöglichen. Sein Standpunkt ist, daß dem Publikum keine unnötigen Einschränkungen auferlegt werden dürfen, das Verbot der Erzeugung von Semmeln ist aber heuer nach seiner Ansicht vollständig unnötig geworden. Eine besondere Wohltat wäre die Zurückziehung des Verbots für die Kranken und die Kinder, die das Weizgebäck besonders schwer entbehren. Auch die Tausende von Kaffeehausbesuchern würden das Wiedererscheinen der Semmeln mit großem Jubel begrüßen, denn wer heute im Kaffeehause statt des Brotes irgendein Gebäck, dessen Erzeugung nicht verboten wurde, verzehren will, muß einen horrenden Preis dafür bezahlen. Dem Argument, daß durch Wiedereinführung der Semmeln viel Weizmehl verschwendet würde, begegnete Herr v. Follusházy mit dem Vorschlag, daß die Semmeln nur gegen Mehlkartenlupons, und zwar gegen die Weizmehlupons, verabreicht werden sollen. Das Gewicht und den Preis der Semmeln würde die Behörde genau festsetzen, so daß auch in dieser Hinsicht jedweder Mißbrauch ausgeschlossen wäre. Magistratsrat v. Follusházy hat diese Angelegenheit auch mit dem Minister Grafen Johann Sádík wiederholt besprochen, der jetzt die Frage eingehend studiert. Der Minister dürfte schon binnen kurzem seine Entscheidung treffen, die hoffentlich günstig ausfallen wird.